

Seit dem Programmtreffen der Alternativen, Bunten und Grünen in Offenbach am 3./4. 11. 1979 scheint es so gut wie sicher, daß diese Gruppierung zu den Bundestags-Wahlen 1980 kandidieren wird. Damit steht die sozialistische Linke, soweit sie nicht parteipolitisch organisiert ist, vor der Frage, ob sie – um eine Kanzlerschaft Strauß' zu verhindern – noch einmal der SPD/FDP-Koalition oder – um der ökologisch-radikaldemokratischen Bewegung zu parlamentarischer Repräsentanz zu verhelfen – den Grünen ihre Unterstützung bzw. ihre Stimmen geben soll. Die Wahldiskussion, „die wie ein Gespenst im Schrank alle vier Jahre in den linken Diskussionsblättern zu rumoren beginnt“ (Altvater 1979, S. 5), steht damit erstmals in einer gänzlich anderen politischen Konstellation: offensichtlich hängt von der Entscheidung des linken Wählerpotentials diesmal erheblich mehr ab als früher.

Darüberhinaus ist es – ebenfalls anders als früher – besonders wichtig, daß die Wahldiskussion generell unter dem Aspekt geführt wird, wie die parteipolitisch nicht festgelegte Linke sich bei den anstehenden Wahlen *einheitlich* verhalten kann und soll. Denn eine in ihrem Wahlverhalten gesplante Linke könnte – paradoxerweise *wegen* ihres gemeinsamen Grundkonsenses, daß eine Kanzlerschaft Strauß' auf jeden Fall verhindert werden müsse – eben diese Kanzlerschaft ermöglichen: wählt die eine Hälfte der Linken grün, die andere sozialliberal, so könnte der Effekt darin bestehen, daß *sowohl* verhindert wird, daß die Grünen die 5-Prozenthürde schaffen, *als auch* (und zwar *deswegen!*), daß die SPD/FDP-Koalition eine parlamentarische Mehrheit gegenüber CDU/CSU erhält.

1. Was bedeutet die Kanzlerkandidatur Strauß'? Kritik der „Stoppt Strauß“-Bewegung

Die Kanzlerkandidatur Strauß' scheint auf viele Linke wie ein rotes Tuch zu wirken. Gremliza „kann es keinem verübeln, der (...) sich jetzt irgendwo jenseits der Grenzen nach einem zweiten Wohnsitz umsieht“ (1979, S. 7). Das Titelbild der Juli-Nummer von „konkret“ zeigt das Gesicht von Strauß' farbig und in Nahaufnahme; Titel: „DER FÜHRER“, Untertitel: „Strauß – Carstens – Albrecht: Eine Junta für Bonn?“ Und in einem geradezu dramatischen Aufruf „An unsere Leser“ hat die Redaktion der „Blätter für deutsche und internationale Politik“ dazu aufgerufen,

* Für Kritik an dem ursprünglichen Manuskript habe ich den Genossen des AWA zu danken, die das Papier auf einem Plenum diskutierten.

„eine breite demokratische Bewegung, ein Bündnis aller besonnenen Kräfte zu schaffen, um einen neuen Rechtsruck in der Bundesrepublik zu verhindern und Strauß zu stoppen.“ (1979, S. 910) Kurz: es scheint bei manchem Linken angesichts Strauß' Panik auszubrechen.

Die inzwischen zustande gekommene „Stoppt Strauß“-Bewegung, deren unmittelbares Ziel, Strauß zu stoppen, von jedem Linken unterstützt wird, ist leider aufgrund dreier Charakteristika nicht in der Lage, eine einheitliche linke Strategie gegen die Offensive der Rechten zu formulieren: 1. die „Stoppt Strauß“-Bewegung ist ein reines Negativbündnis; 2. wenn überhaupt, erklärt sie die Kanzlerkandidatur von Strauß ökonomistisch; 3. sie personalisiert die Rechtsentwicklung innerhalb der CDU/CSU auf die Person von Strauß.

Ad 1). Aufgrund ihres Adressatenkreises – linke Sozialdemokraten, Kommunisten, linke Gewerkschafter – ist es nicht erstaunlich, daß die Initiatoren der „Stoppt Strauß“-Bewegung kein positives Bündnis Konzept formulieren, sondern ein reines Negativ-Bündnis; so schreibt Bredthauer, die „Stoppt Strauß“-Bewegung „kommt aber mit Sicherheit nur zustande, wenn die unterschiedlichen Richtungen des demokratischen Spektrums erstens die Aktivitäten auf ihren je spezifischen Gebieten vervielfältigen, dabei aber zweitens in dieser kritischen Situation Trennendes zurückstellen und nicht die Profilierung der Unterschiede zum ‚Nachbarn‘ über die gemeinsame Betroffenheit und die gemeinsame Bewältigung einer Herausforderung stellen, die Herausforderung durch das Programm Strauß, das auf diesen Unterschied ohnehin keine Rücksicht nimmt.“ (1979, S. 920)

Die notwendige politische Diskussion über Ursache und Bedeutung der Strauß-Kandidatur und die möglichen Formen seiner Bekämpfung (soll man Grüne, SPD oder FDP wählen? Sollte die DKP nicht ganz auf eine Kandidatur verzichten? usw.) wird so von vornherein ausgeblendet oder wenigstens verkürzt, um die dann notwendige Diskussion über die politischen Ziele der Bündnispartner zu verhindern (übrigens ein Spezifikum dieser Art von Bündnispolitik, vgl. dazu AWA, 1979, Editorial).

In der gegenwärtigen Situation kommt aber keine auch nur einigermaßen verantwortungsvoll geführte Diskussion darüber, wie sich die Linke bei den Wahlen 1980 verhalten soll, darum herum, über die Alternative zu sprechen: ob man Strauß effektiver durch Unterstützung der Grünen oder der Sozialliberalen bekämpft. Wird diese Diskussion verhindert, so wird auch die Chance der notwendigen (s.o.) Vereinheitlichung der Wahlentscheidung der Linken vertan.

Ad 2). Soweit überhaupt die Rechtsentwicklung von CDU und CSU, die ihren *Ausdruck* in der Kanzlerkandidatur von Strauß fand, *erklärt* wird, geschieht dies nach dem unseligen ökonomistischen Muster: Strauß als Produkt der ökonomischen Krise bzw. als Präventivmittel gegen etwaige Krisenfolgen. So z.B. Kühnl: „Die Herrschenden wollen die Situation schon jetzt präventiv in den Griff bekommen, eine Situation, die vielleicht, wenn die Krise länger dauert und die Unzufriedenheit und die Suche nach Alternativen in der Bevölkerung sich zu regen beginnen, den Widerstand gegen diesen Abbau von Leistungen und Lebenschancen entfacht.“ (1979, S. 25) „Die Rechtskräfte müssen vielmehr selber offensiv eine Alternative anbieten,

die angeblichen Lösungen. Diese lauten (...): Die parlamentarische Demokratie mit all ihren Rechten für einzelne und Interessengruppen ist zu schwach, um mit den großen Problemen der modernen Industriegesellschaft (...) fertig zu werden. Was wir brauchen, ist ein handlungsfähiger und effektiver Staat, ein Staat, der wirklich stark und kompetent genug ist, um durchgreifen zu können.“ (Ebd., S. 27)

Nun ist aber nicht recht zu sehen, worin für „die Herrschenden“ das Risiko einer Fortsetzung der sozialliberalen Regierungskoalition liegen soll. Denn daß die Schmidt-Lambsdorffsche Wirtschafts- und sonstige Politik von den ökonomisch Mächtigen nicht gerade mit Widerwillen betrachtet wird, dürfte wohl niemand ernsthaft bestreiten.

Die Tabuisierung der wirklichen Ursachen der Rechtsentwicklung der CDU/CSU und der Kanzlerkandidatur Strauß' hat allerdings in einem Bündnis, an dem ja nicht zuletzt die linken Sozialdemokraten teilnehmen sollen, eine zwingende Funktion: letztere werden nämlich im Wahljahr 1980 nolens volens die Politik Helmut Schmidts und seiner Regierung unterstützen. Vieles spricht nun aber dafür, daß die *Rechtsentwicklung der Unionsparteien* – weit entfernt davon, Produkt der ökonomischen Krise zu sein – gerade auf diese Politik Schmidts und der sozialliberalen Koalition zurückzuführen ist (1) – eine Politik, die in immer mehr Politikbereichen nach traditionell konservativem Muster verfährt. Für einen Kernbereich sozialliberaler Politik, die Wirtschaftspolitik, ist das offensichtlich (vgl. Lohmann 1979), und es genügen Stichwörter wie Berufsverbote, Reformstopp und innere Sicherheit, um die Affinität sozialliberaler zu traditionell konservativer Politik zu demonstrieren. Die vom Kohl-Geißler-Flügel der Union hiergegen verfolgte Strategie eines „Quasi-Sozialliberalismus“ („Neue soziale Frage“, vgl. Lohmann, 1977), die politisch darauf abzielte, die FDP aus dem Regierungsbündnis herauszubrechen, hatte erkennbar keinen Erfolg. Viel plausibler ist hingegen Strauß' Strategie des verstärkten Rechtskurses: wie anders sollte die Union zu einer erkennbaren und wirklichen Alternative des sozialliberalen Blocks werden? Der Rechtskurs der Union ist daher ursächlich auf die konservative Politik des Sozialliberalismus in den letzten sechs, sieben Jahren zurückzuführen. Wer also Strauß stoppen will, indem er die sozialliberale Koalition stärkt (vgl. z. B. Strässer 1979), will eine Wirkung bekämpfen, indem er ihre Ursache stärkt!

Ad 3). Kurzfristig, d.h. bezogen auf die Wahl 1980, mag dieses Kalkül aufgehen: wahrscheinlich könnte Strauß dadurch gestoppt werden, daß die Linke massiv die sozialliberale Koalition unterstützt. Aber was geschähe dann? Nehmen wir einmal an, die Linke würde sich auf eine pro-sozialliberale „Stoppt Strauß“-Bewegung einigen und dieser wäre Erfolg beschieden; wir können uann weiter annehmen, daß die Grünen nicht ins Parlament kämen, daß jedoch die SPD/FDP eine Mehrheit erhielte. Was dann? Zunächst wäre dann trivialerweise eine Kanzlerschaft Strauß' verhindert. Und exakt soweit denken die pro-sozialliberalen Strauß-Stopper, weil sie das Problem radikal *personalisieren*. Die Kanzlerkandidatur Strauß' bedeutet jedoch etwas ganz anderes als lediglich einen Meilenstein in der politischen Karriere von FJS: die mit ihr verbundene offenkundige Rechtsdrift der Union bedeutet die *faktische Änderung der westdeutschen Parteienlandschaft ohne Änderung der Partei-*

organisationen! Bis zur Wahl 1980 ist diese zunächst festgeschrieben. Im Fall einer Wahlniederlage der Union würde sich aber sofort der Widerstand in der CDU gegen den autoritär-konservativen Kurs der CSU mit seinem Exponenten Strauß regen; und umgekehrt wäre Strauß' Karriere als Kanzlerkandidat zuende, nicht aber seine politische Position und sein Programm, das er weiterhin in und mit der CSU durchzusetzen versuchen würde. Mit großer Wahrscheinlichkeit käme es zur Spaltung der Union: 1984 träten dann eine bundesweite CSU, die das gesamte rechte bis rechtsradikale Wählerpotential ausschöpft, und eine liberal-konservative CDU, die sich mit Aussicht auf Erfolg um die Wähler der „Mitte“ bemüht, gegen die sozialliberale Koalition an.

Diese Entwicklungsperspektive muß jede linke Anti-Strauß-Bewegung vor Augen haben. Vor ihrem Hintergrund stellt sich die Frage, ob wir die Grünen oder die Sozialliberalen 1980 unterstützen sollen, neu.

2. Die Linken und die Grünen

Die Frage, was es bedeutet, wenn die Grünen a) eine neue Partei bilden und b) womöglich durch die Unterstützung der Linken zu einer Parlamentspartei werden, hat für die parteipolitisch nicht organisierten Sozialisten nicht zuletzt aus Gründen ihrer eigenen Geschichte einen hohen Stellenwert. Denn das Schicksal der sozialen und politischen Bewegungen gerade auch der westdeutschen Linken zeigt, von welcher Bedeutung das politische System, also bei uns: die parlamentarische Demokratie, für solche Bewegungen ist.

Von ihr wurde das Schicksal sowohl der Studentenbewegung als auch der neozaristischen NPD, also der beiden wichtigsten westdeutschen Protestbewegungen der 60er Jahre, sehr stark bestimmt. Nicht zufällig erlebten beide Bewegungen ihren Aufschwung während der Großen Koalition – in einer Situation also, in der offensichtlich und auch formal die relevanten politischen Fronten nicht mehr im Parlament bzw. zwischen den Parlamentsparteien verliefen (denn die damals noch konservative FDP-Opposition konnte man vergessen), sondern zwischen diesen auf der einen und den nicht parlamentarisch vertretenen Gruppen auf der anderen Seite (2). Der NPD gelang es damals, sich zum politischen Ausdruck und Artikulator der durch die Krise 1966/67 bedrohten alten Mittelschichten zu machen (vgl. dazu Kühnl u.a. 1969): 1969 blieb sie mit 4,8 vH der Stimmen nur knapp unter der 5-Prozent-Hürde (was übrigens weitgehend den Anti-NPD-Aktivitäten der Linken zu verdanken war). Als im selben Jahr mit der Etablierung der SPD/FDP-Koalition die relevante politische Front wieder innerhalb des Parlaments verlief, verkam die NPD zur Bedeutungslosigkeit: ihr Wählerpotential wurde von der CDU/CSU-Opposition absorbiert.

Die gleiche Bedeutung hatte die 1969er Wahl für die APO, die allerdings schon 1968 (Anti-Springer-Kampagne und Notstandsgesetze) entscheidende Niederlagen hatte hinnehmen müssen. Seit 1969 zerfiel die APO: ein Teil ihrer aktiven Träger ging in die SPD bzw. FDP, der Rest gründete neue Parteien (K-Gruppen), ging in die DKP/SEW oder betrieb „Basisarbeit“ (SB). Im Rückblick ist das Ausmaß erstaun-

lich, in welchem das Schicksal der APO — die sich ja nicht zuletzt durch ihre Parlamentarismuskritik definierte — durch das politische System der BRD bestimmt wurde. Es ist aber nicht nur ein „zeitgenössisches Lehrstück“, welches wir der Zerfallsphase der APO verdanken, sondern auch eine theoretisch erklärbare Erfahrung: „Daß man Parteien nicht einfach aus dem Boden stampfen kann.“ (Fichter/Lönnendonker, 1979, S. 112). Und es leuchtet ein, daß gerade die sozialistische Linke dem Versuch, den Grünen Parteiform zu geben, mit großer Skepsis gegenübersteht. Die Fragen lauten: reichen soziale Basis und Wählerpotential der Grünen für eine Partei-gründung aus? Ist ihre politische Programmatik ausgereift? Welche Konsequenz hat der Aufbau einer Parteiorganisation?

Eine repräsentative empirische Untersuchung der *sozialen Basis* und des Wählerpotentials der Grünen existiert derzeit nicht (Murphy u.a. 1979, S. 148). Gleichwohl scheinen folgende Vermutungen gerechtfertigt: die Grünen rekrutieren ihre aktiven Mitglieder vorwiegend aus den Mittelschichten; in ihnen sind Personen mit den Merkmalen „hoher formaler Bildungsgrad“, z. B. Studenten, und „jugendlich“ besonders stark vertreten. Dies gilt auch für ihre Wähler (vgl. Jüttner/Wettig 1979 und Lange 1979). Zusammenfassend heißt es z. B. über die Grüne Liste Umweltschutz Niedersachsen: „Nicht die Gruppen der geringer Ausgebildeten und der Älteren, die in Umfragen über die Komplexität des politischen Systems in der Regel den größten Unmut haben, sondern gerade die Jüngeren und die Gruppe mit den längsten schulischen Ausbildungsgängen haben überproportional GLU gewählt.“ (Jüttner/Wettig 1979, S. 30) Eine Repräsentativumfrage an der Technischen Universität Braunschweig ergab sogar, daß „bei einer Wahlbeteiligung von 94 % der Studenten 43.3 % der GLU, 41.7 % der SPD, 7.1 % der CDU und 6.3 % der FDP ihre Stimme gegeben haben.“ (Ebd., S. 30) Ähnliches ergaben die Hamburger Wahlergebnisse (jedenfalls für das Merkmal „Alter“, vgl. Lange 1979, S. 13, Tab. 11) und die Westberliner Wahlen zum Abgeordnetenhaus bzw. zu den Bezirksverordnetenversammlungen, bei denen die Alternative Liste (AL) für Demokratie und Umweltschutz kandidierte und überraschend gut abschnitt (vgl. Murphy u.a. 1979, S. 151). Politisch stellen die Grünen bzw. die Grünen-Wähler vornehmlich eine Konkurrenz zu SPD und FDP dar (Murphy u.a. 1979, S. 148), obwohl in Hamburg und Niedersachsen (3) alle drei Parlamentsparteien gleichermaßen Wähler an die Grünen verloren (vgl. Lange 1979, S. 14, Murphy u.a. 1979, S. 145), während in Westberlin vor allem SPD und CDU (Murphy u.a. 1979, S. 144) Stimmen an die AL verloren.

Obwohl das Programm, unter dem die Grünen zum Bundestagswahlkampf antreten, noch nicht feststeht, lassen sich doch einige Aussagen über die *programmatischen Grundlagen* der grünen Listen machen. Zweierlei fällt auf: erstens tauchen in sämtlichen geschriebenen Programmen der Grünen die beiden Programmpunkte Umweltschutz und Radikaldemokratie auf; zweitens sind diese beiden Punkte regelmäßig nicht die einzigen der geschriebenen Programme (vgl. z. B. AL 1978).

Was ihre geschriebenen Programme angeht, sind die Grünen also eindeutig *keine* Ein- oder Zwei-Punkt-Bewegungen. Doch sind diese „geschriebenen Programme“ nicht unbedingt ausschlaggebend für die Beurteilung politischer Bewegungen (4). Analytisch muß man die *geschriebenen* von den *objektiven Programmen* einer poli-

tischen Bewegung oder Partei unterscheiden (vgl. Scheffler 1979, S. 138). Wollte man etwa die sozialliberale Programmatik der SPD untersuchen, so ginge man völlig fehl, wenn man hierzu ihre geschriebenen Programme, z. B. das Godesberger Programm oder den Orientierungsrahmen '85 heranzöge (vgl. Lohmann 1979). Denn mit dem objektiven Programm einer politischen Partei oder Bewegung suchen wir deren wirkliche, handlungsleitende Programmatik, vor deren Hintergrund alle einzelnen Politikakte einen erkennbaren Sinn machen.

Meine *Behauptung* ist, daß die Grünen hinsichtlich ihrer objektiven Programmatik Zwei-Punkt-Bewegungen sind. Und zwar wird ihre gesamte Politik strukturiert durch die beiden erwähnten Programmpunkte Umweltschutz und Radikaldemokratie. Tatsächlich sind mit der Zerstörung der Natur und der fortwährenden Einschränkung bürgerlich-politischer Freiheiten ja auch die beiden gesamtgesellschaftlichen Probleme bezeichnet, an denen sich die ökologisch-radikaldemokratische Bewegung herausgebildet hat. Zu sagen: diese Bewegung sei eine Zwei-Punkt-Bewegung, heißt also *nicht*: die Grünen würden nur zu diesen beiden Themenkomplexen etwas sagen. Vielmehr heißt es: diese beiden Programmpunkte sind a) die alles übrige dominierenden und strukturierenden Punkte, weil in ihnen Lösungsvorschläge für die die grüne Bewegung konstituierenden Probleme formuliert sind; und b) bilden diese beiden Punkte die politische Identität der grünen Bewegung. So mag es beispielsweise offen sein, ob sich die Grünen zu „rechten“ oder zu „linken Grünen“ entwickeln (obwohl der radikaldemokratische Programmpunkt sie zu „linken Grünen“ geradezu prädestiniert). Aber sie ändern damit nicht notwendig die politische Identität der Bewegung; demgegenüber würde es eine substantielle Änderung der grünen Bewegung bedeuten, wenn diese aufhörte, z. B. die ökologische Problematik zu ihrem Hauptanliegen zu machen.

Die Unterscheidung zwischen geschriebenem und objektivem Programm ist wichtig für die *Frage der Parteiförmigkeit der Grünen* und damit für die ihres Verhältnisses zum politischen System der BRD (d.h. ihrer Adäquanz oder Nichtadäquanz bezüglich ihrer politischen Form). Ob die Grünen eine Partei werden sollen oder nicht, wird derzeit nämlich in einem sehr verkürzten theoretischen Rahmen diskutiert – einem Rahmen, der bezeichnenderweise durch einen der beiden grünen Hauptprogrammpunkte (Radikaldemokratie) strukturiert wird: „Partei“ wird mit „Parteiorganisation“ oder „Parteiapparat“ gleichgesetzt, und die Problematik einer grünen Parteigründung wird ausschließlich hinsichtlich ihrer Implikationen z. B. für die basisdemokratische Struktur, die interne Willensbildung etc. der Grünen diskutiert. Diesen Diskussionen ist hier nichts hinzuzufügen (vgl. z. B. Jungk 1978, Mayer-Tasch 1978, Murphy u.a. 1979, S. 164 ff., wo auch die Konsequenzen für die interne Struktur der Grünen diskutiert werden, die sich aus der Parlamentsarbeit einer grünen Partei ergäben). Die Etablierung eines Parteiapparats mit einer wirklich demokratischen Struktur, in der die faktischen Entscheidungsprozesse nicht von oben nach unten verliefen, wäre nicht weniger als ein historisches Novum.

So wichtig die Diskussion um den Aufbau einer Parteiorganisation ist, so wenig erschöpft sich die Problematik der Parteiförmigkeit der Grünen in der Organi-

sationsproblematik. In kapitalistischen Gesellschaften mit parlamentarisch-demokratischen politischen Systemen wird die politische Herrschaft der ökonomisch herrschenden Klasse (der Bourgeoisie) nicht direkt und nicht allein durch diese Klasse ausgeübt. Schon aus rein quantitativen Gründen *ist die Bourgeoisie auf das Zustandekommen von Bündnissen mit subalternen Klassen und Schichten angewiesen* – mit Klassen und Schichten (5) also, die der (ökonomischen) Herrschaft der Bourgeoisie selbst unterworfen sind. Politische Parteien im Sinne von Parteiapparaten *repräsentieren* solche Bündnisse (vgl. Jäger 1979a, S. 550; insofern sind Parteien die politische Form, in der eine nicht primär auf direkter Gewaltausübung beruhende Herrschaft einer Minderheit, der Bourgeoisie, über die Mehrheit realisiert wird (natürlich nur solange, wie nicht politische Parteien existieren, die den Bruch mit der Bourgeoisie wollen, d.h. die ein Klassen- oder Schichtenbündnis *gegen* die Bourgeoisie formen). „Auf den ersten Blick ist diese Übereinstimmung der Ausbeuteten mit den Ausbeutern erstaunlich. Jedoch, die Klassen werden nun mal nicht aufgrund wissenschaftlicher Analyse parteipolitisch aktiv und ebensowenig infolge ihrer normalen Lebensumstände in Fabrik und Dorf, sondern aufgrund von Urteilen, mit denen ihr Alltagsbewußtsein die ‚großen Probleme‘ reflektiert, die aus dem Fluß der Geschichte bruchstückhaft für sie ‚auftauchen‘. Probleme wie nationale Einheit und Sezession, der kirchliche oder weltliche Charakter der Schulerziehung, die Verallgemeinerung des Wahlrechts, die Auflösung von Kolonien, Sprachenstreit (und vielleicht Umweltschutz).“ (Jäger 1979 b, S. 630)

Die Frage, ob die Grünen sich zur Partei konstituieren, zerfällt also in folgenden Fragenkomplex: *a) gibt es ein soziales Potential, das sich über die Probleme „Umweltschutz“ und „demokratische Rechte“ aktiviert? b) Vermögen die Grünen dieses Potential zu einem dauerhaften Bündnis zusammenzufassen und es auf der politischen Ebene zu repräsentieren? c) Wird dieses Bündnis, falls es zustandekommt, mit der Bourgeoisie paktieren (also integriert werden) oder nicht?*

Über Frage c) ließe sich beim gegenwärtigen Stand der Entwicklung nur spekulieren. Frage a) kann positiv beantwortet werden: die Bürgerinitiativ-Bewegung beweist, daß es ein relevantes Potential gibt (das klassenmäßig eher amorph bis diffus ist), welches über Fragen des Umweltschutzes und der demokratischen Rechte aktiv wird. Die entscheidende Frage ist offenbar Frage b). Man kann sie m. E. nicht beantworten, ohne sich mit dem konkreten politischen System der BRD auseinanderzusetzen. D. h. für in Entstehung begriffene Parteien: mit der 5-Prozentklausel. Würden die Grünen 1980 an ihr scheitern, könnte der Entmutigungseffekt so groß sein, daß es zu einer grünen Partei (notabene einer, die mefir ist als eine grüne Sekte) gar nicht käme.

3. Grüne und 5-Prozentklausel

Die Frage, die hier diskutiert werden soll, lautet: ist die empirische Tatsache, daß die Grünen die einzige außerparlamentarische Gruppierung sind, die in der Lage ist, bei Parlamentswahlen die 5-Prozenthürde zu überwinden, Zufall oder nicht?

Um diese Frage zu beantworten, muß allgemein erklärt werden, wie der 5-Prozentklausel-Mechanismus funktioniert. Ich vertrete folgende Thesen:

1. *Der 5-Prozentklausel-Mechanismus ist eine politische Form, die auf eine andere politische Form zugeschnitten ist, nämlich auf die Form „politische Partei“, und von der daher primär Parteien betroffen werden.*
2. *Parteien sind Gebilde mit globalen (d.h. alle politischen Probleme umfassenden) objektiven Programmatiken.*

Falls diese Thesen richtig sind, folgt sofort die Antwort auf die oben gestellte Frage: der entscheidende Vorteil der Grünen in bezug auf die 5-Prozentklausel besteht in ihrer nicht-glob. (sondern lediglich zwei-Punkt-)Programmatik, wobei hier immer vom objektiven Programm die Rede ist. Weil die Grünen in diesem Sinn keine politische Partei sind (gleichgültig, ob sie einen Parteiapparat aufbauen oder nicht), werden sie in weit geringerem Ausmaß von dem 5-Prozentklausel-Mechanismus betroffen.

Zunächst: *was muß eine Theorie der 5-Prozentklausel erklären?* Der Effekt der 5-Prozentklausel besteht offenbar darin, daß kleine, parlamentarisch nicht vertretene Parteien nicht ihr gesamtes Wählerpotential ausschöpfen können, weil ein Teil dieses Potentials seine Stimmen anderen, nämlich Parlamentsparteien gibt. Diesen Effekt muß eine Theorie der 5-Prozentklausel erklären, und das heißt, sie muß die Frage beantworten, was im Kopf des potentiellen Wählers einer nicht-parlamentarischen Partei vor sich geht, so daß er diese Partei nicht wählt, obwohl er mit ihrem politischen Programm übereinstimmt.

Stellvertretend für alle kleinen Parteien diskutiere ich das Problem am Beispiel der DKP. Stellen wir uns probeweise auf den Standpunkt eines DKP-Sympathisanten, der die DKP nicht wählt. Nach Voraussetzung hält unser Nichtwähler die DKP-Politik für besser als die Politik aller anderen Parteien. Bei der Wahl steht er aber vor einem Dilemma: er will seine Stimme nicht „verschenken“ (in diesem wahrarithmetisch-taktischen Sinn „politisiert“ die 5-Prozentklausel die Wählerentscheidung), aber er will noch mehr: er will durch eine Stimmabgabe für die DKP nicht im Endeffekt der CDU/CSU nützen. M. a. W.: er muß entscheiden, an welcher „Front“ er kämpfen will: an der Front „DKP oder SPD“ oder an der Front „SPD oder CDU“. Die Entscheidung ist schwierig, denn der typische DKP-Sympathisant hat eine genaue Rangfolge in seiner politischen Einschätzung: die DKP ist für ihn besser als die SPD, die SPD besser als die CDU. Wählt er nun die DKP, so stärkt er die DKP zwar an der Front „DKP/SPD“, aber *zugleich* stärkt er die CDU an der Front „SPD/CDU“.

Das ist der Kern des Problems: *die Wähler einer kleinen Partei müssen sich für eine bestimmte „Front“ entscheiden.* Ins Dilemma geraten sie immer dann, wenn sie eine Rangfolge wie unser DKP-Sympathisant haben: 1. DKP, 2. SPD, 3. CDU. Haben sie diese Rangfolge nicht, sondern z. B. folgende Einschätzung: „Die DKP ist akzeptabel, alle anderen Parteien nicht“, dann befinden sie sich auch nicht mehr in dem Dilemma. Daher lautet die *strategische Fragestellung* aller Parteien und Gruppen, die die 5-Prozenthürde überspringen wollen: *Wie können wir Teile der Bevölkerung davon überzeugen, daß die „Front“ zwischen den im Parlament vertretenen Parteien nicht so wichtig ist wie die „Front“ zwischen uns und sämtlichen anderen*

Parteien? Oder anders: *wie können wir bei unseren potentiellen Wählern die fatale „Rangfolge“ aufbrechen, die sie in das oben beschriebene Dilemma bringt?*

Wie weit dies gelingt, hängt eng zusammen mit der Form „politische Partei“. Wie oben ausgeführt, sind Parteien die politische Form von Bündnissen zwischen Klassen und/oder Schichten auf politischer Ebene; diese Bündnisse werden strukturiert durch ihre objektive Programmatik (es ist damit natürlich noch nicht gesagt, auf welche Weise diese Programmatik zustandekommt) (6). Die Tatsache, daß das *Parlament* der politische Ort ist, in dem – und sei es auch nur formal – politische Entscheidungen gefällt und öffentlich diskutiert werden, hat zur Folge, daß die Parteien umfassende, *globale* Programme (7) haben und haben müssen. Dies einfach deshalb, weil sie sich in sämtlichen parlamentarischen Entscheidungen verhalten müssen. Die Globalität der objektiven Programmatiken hat nun wichtige Folgen: jeder *einzelne* Programmpunkt wird inhaltlich *nicht isoliert* ausgefüllt, sondern in Relation zur Gesamtprogrammatik. Andernfalls wäre die Programmatik eine bloße Addition von Programmpunkten, deren gegenseitige Kompatibilität nicht gewährleistet wäre.

Nehmen wir als Beispiel den Umweltschutz, speziell die KKW-Frage. Betrachtet man den Punkt isoliert, so gibt es keinen Grund, weshalb die SPD nicht eine definitive Anti-KKW-Politik machen könnte. Das Problem besteht nun in der Globalität des Programms der SPD: die SPD ist *gezwungen* die KKW-Programmatik mit ihren anderen Programmpunkten in Übereinstimmung zu bringen, z. B. mit ihrer Kohle- und sonstigen Energiepolitik, mit ihrer sozialliberalen Integrationsprogrammatik (sie will Profite *und* Arbeitsplätze der KKW-Industrie sichern) usw. *Deshalb* kann die SPD keine rücksichtslose Anti-KKW-Politik betreiben. – Das Gleiche gilt für die DKP mit ihrer „realsozialistischen“ Programmatik: weil es in den sozialistischen Ländern KKW's gibt und die DKP Kritik an diesen Ländern nicht akzeptiert, kann sie kein bedingungsloses Nein zum Bau von KKW's proklamieren.

Natürlich ist (wie die Beispiele zeigen) das bestimmte *Konsistentmachen* einer Programmatik etwas „Inhaltliches“, ja sogar der Kern des „Inhaltlichen“. Was jedoch hinsichtlich der 5-Prozentklausel-Problematik interessiert, ist nicht das „Inhaltliche“ am Konsistentmachen, also nicht die Frage, *wie* eine bestimmte Konsistenz aussieht, sondern lediglich die Tatsache, *daß* etwas konsistent gemacht wird. Denn wenn ein Programm erst mal konsistent gemacht worden ist, dann ist es mit allen anderen, ebenfalls konsistenten Parteiprogrammatiken *vergleichbar*: dann ist die Grundlage dafür gegeben, eine Rangfolge 1. DKP, 2. SPD, 3. CDU zu bilden. Sobald aber eine kleine Partei von ihren potentiellen Wählern in diese Rangfolge gebracht worden ist, befinden sie sich in dem oben skizzierten Dilemma.

Und hier liegt der entscheidende Vorteil von Ein- oder Zwei-Punkt-Bewegungen bzw. „Wahlparteien“ wie den Grünen. Ihr Nicht-Parteisein besteht darin, daß sie kein globales Programm haben, sondern sich (wohlgemerkt: objektiv!) auf die beiden Punkte Umweltschutz und Radikaldemokratie beschränken. Weil die Grünen nicht gezwungen sind, die Leistung des Konsistent-Machens einer globalen Programmatik zu erbringen, sind sie „unvergleichlich“: es kommt nicht zu der Rangfolge 1. Grüne, 2. SPD, 3. CDU. Sondern es kommt zur Polarisierung: hier die Grünen,

dort (im Parlament) die Nicht-Grünen (8). Der potentielle Wähler der Grünen befindet sich damit außerhalb des Dilemmas, dessen Herstellung den Kern des 5-Prozentklausel-Mechanismus' bildet.

Man kann sich das so vorstellen: Es gibt für alle Organisationen, die die politische Form „Partei“ annehmen (gleichgültig, ob sie im Parlament vertreten sind oder nicht), ein Formular, auf dem für alle politischen Probleme eine Sparte vorgesehen ist. Die verschiedenen Parteien füllen diese Sparten mit ihrer jeweiligen Programmatik aus. Was nun die Grünen tun, ist, das Formular selbst für irrelevant zu erklären (im Unterschied zur DKP, die das vorgegebene Formular „nur“ anders ausfüllt). Die Grünen tun dies nicht bewußt, aber faktisch dadurch, daß sie sich gar nicht auf alle Probleme einlassen. Sie drucken sozusagen ihr eigenes Formular, auf dem nur Sparte für ein, zwei Probleme stehen (Umweltschutz, Demokratische Rechte). Diese wenigen Sparten bzw. ihre unterschiedliche Ausfüllung werden nun zum relevanten Unterschied erklärt, und im Licht der neuen Formulare erscheinen die Unterschiede zwischen den parlamentarischen Parteien als ganz irrelevant.

Es geht hier um das *Verhältnis von politischen Formen zu politischen Inhalten*. Die Behauptung ist: die politische Form „5-Prozentklausel“ (deren Inhalt die Verhinderung von nicht eindeutigen Parlamentsmehrheiten ist) wirkt deshalb so effektiv, weil sie auf eine andere politische Form „Partei in einem parlamentarischen System“ zugeschnitten ist. Sie wirkt *nicht*, weil bestimmte Parteien eine bestimmte inhaltliche Programmatik haben (diese bestimmt „nur“ das *Wählerpotential*); sie wirkt also auf die DKP *nicht*, weil diese eine „realsozialistische“ Programmatik hat, sondern weil sie *überhaupt* ein globales Programm hat.

Man kann das auch als Widerspruch der Parteiform formulieren: für die DKP kommt es sowohl darauf an, möglichst viele Wähler dazu zu bewegen, in der Rangfolge die DKP an die 1. Stelle zu setzen (d.h. die Zahl der potentiellen Wähler zu maximieren), und *zugleich* kommt es darauf an, zu verhindern, daß die Rangfolge überhaupt zustande kommt! An diesem Widerspruch scheitert die DKP, selbst wenn es ihr gelingt, die Zahl ihrer potentiellen Wähler auf über 5 % zu erhöhen (9).

Zu sagen: das Entscheidende an der 5-Prozentklausel sei der Formaspekt, heißt nicht, zu behaupten: es komme nicht auf das Inhaltliche an. Erstens haben kleine Parteien keine „Definitions-macht“ darüber, was ein politisch relevantes „Ein-Punkt-Problem“ ist. Das Beispiel des KBW, der ausgerechnet in der Berliner Abgeordnetenhaus-Wahl das Problem Zimbabwe „auf die Tagesordnung setzte“, zeigt das in komischer, aber deutlicher Weise. Man kann nicht ein x-beliebiges Problem zum allein-relevanten erklären und erwarten, damit könne man die 5-Prozenthürde überwinden. Das Problem muß massenhaft relevant sein. Das Umweltproblem *ist* massenhaft relevant (10).

Zweitens ist der strategische Vorteil der Grünen in bezug auf die 5-Prozentklausel ein „transitorischer Vorteil“: dieselbe Eigenschaft, „Wahlpartei“ mit einem speziellen, nicht-globalen Programm zu sein, wird zum Hindernis, sobald die Grünen tatsächlich im Parlament sitzen: dann müssen sie sich *zusätzlich* in dem politischen Ort „Parlament“ verhalten. Sie müssen über *alle* Fragen, die parlamentarisch verhandelt werden, via Abstimmungsverhalten mitentscheiden. Sie müssen sich also ein

globales Programm erarbeiten, und das heißt: sie müssen zu einer Partei werden.

Wie gelangt das, was hier theoretisch über die Wirkungsweise des 5-Prozentklausel-Mechanismus (globale Programmatik von Parteien) gesagt wurde, ins Bewußtsein des normalen Bürgers? Um das zu klären, beginnen wir mit einem „hegemonie-theoretischen“ Einwand: wenn einer unter der Hegemonie der Grünen steht und deshalb die Umweltschutzproblematik für das Wichtigste dieser Erde hält – könnte er dann (und *deswegen*) nicht ebenfalls zur Bildung einer Rangfolge kommen? Könnte er nicht Grüne, SPD und CDU anhand ihrer Umweltschutzprogrammatik miteinander vergleichen und zu dem Ergebnis kommen: „Die Grünen sind zwar am besten, aber immerhin macht die SPD eine weniger schlechte Umweltpolitik als die CDU. Also wähle ich, um nicht im Effekt die CDU-Umweltschutzpolitik zu stärken, lieber das kleinere Übel SPD“? Das ist zwar theoretisch denkbar, aber praktisch so gut wie ausgeschlossen. Wieso? Weil es bei dem Grünen-Sympathisanten einen fundamentalen Irrtum über CDU und SPD voraussetzt, den Irrtum nämlich, CDU und SPD seien (keine Parteien, sondern) Organisationen mit Ein-Punkt-Programmen. Dieser Irrtum wird nun durch das *Alltagswissen* verhindert: jeder weiß, daß CDU und SPD auch noch auf ganz anderen politischen Gebieten Entscheidungen fällen. Wie bewirkt *dieses* Alltagswissen die Verhinderung der Bildung einer Rangfolge? Das Alltagswissen befähigt den normalen Bürger, sich seinen individuellen Reim auf die schlechte Umweltschutzpolitik von CDU und SPD zu machen, also eine rudimentäre *Erklärung* dieser Politik herzustellen. Ein linker Grüner z. B. so: „Die CDU ist eine Partei der Unternehmer, die SPD eine degenerierte sozialistische Partei, *deshalb* machen CDU und SPD eine so miserable Umweltschutzpolitik.“ Ein ökologischer Grüner z. B. so: „Die CDU ist eine Partei der christlichen Hausfrauen, die SPD eine Partei der Gewerkschaften (die ja auch für KKWs sind), *deshalb* machen CDU und SPD eine so miserable Umweltschutzpolitik.“

Man sieht, es kommt bei diesen Politikerklärungen des Alltagsbewußtseins *nicht* darauf an, ob sie richtig oder falsch sind. Das viel wichtigere ist: sie reflektieren je auf ihre Weise die Tatsache, daß die Umweltschutzprogrammatik nicht der einzige Programmpunkt (und auch: nicht der hauptsächliche) der CDU- bzw. der SPD-Programmatik ist. Dieses Wissen setzen sie um in eine Politik-Erklärung, indem sie irgendwelche, ihnen plausibel erscheinende, verschiedene Programmpunkte in einen *Zusammenhang* miteinander bringen. Der Alltagsverstand macht auf seine Weise ebenfalls die einzelnen Programmpunkte *konsistent*. Er *rekonstruiert* also – ob richtig oder falsch, ist gleichgültig – die innere Logik, die Konsistenz der globalen Programmatiken. Dies kann er aber nur (oder vielmehr: dies Verfahren ist realitätsgerecht), weil *irgendeine* Logik, *irgendeine* Konsistenz in diesen Partei-Programmatiken *tatsächlich existiert*.

Dagegen existiert eine Konsistenz (genauer: ein Konsistenz-Problem) bei Ein- oder Zwei-Punkt-Bewegungen wie den Grünen gar nicht: zwei Punkte können sich ja nur schwer widersprechen. Daher ist der Alltagsverstand, wenn er sich die grüne Programmatik erklären will, auf den Begriff des *Willens* angewiesen: „Die Grünen machen ihre Umweltschutzpolitik, weil sie das eben wollen und für das wichtigste halten.“ Die obigen Erklärungen der CDU- bzw. SPD-Politik durch den Alltagsver-

stand bringen nun *mittels* dieser Erklärungen die Parlamentsparteien auf einen *gemeinsamen* Nenner in bezug auf ihren *politischen Willen*: das Gemeinsame (der gemeinsame Gegensatz zu den Grünen) von SPD und CDU in bezug auf das Umweltproblem ist, daß sie wegen ihrer Abhängigkeit (der CDU seis von den Unternehmern, seis von den christlichen Hausfrauen, der SPD seis von der rechten SPD-Führung oder der revisionistischen Ideologie oder den Gewerkschaften) eigentlich gar nicht in der Lage sind, eine vernünftige Umweltschutzpolitik zu *wollen*; einzelne „umweltfreundliche“ Politikakte dieser Parteien werden als Konzessionen an die Grünen wahrgenommen, die verhindern sollen, daß die Grünen zu viele Stimmen kriegen. Es ist also dieser Gegensatz im politischen Willen, der den Unterschied zwischen Grünen und *allen* Parlamentsparteien ausmacht und verhindert, daß der Grünen-Sympathisant die Rangfolge bildet.

Dies ist aber nichts anderes als die konkrete Art und Weise, in der sich der Sachverhalt, daß Parteien Gebilde mit konsistenten globalen Programmatiken sind, im Alltagsbewußtsein abbildet. Dabei ist wesentlich, daß der Realitäts- bzw. Wahrheitsgehalt dieser Abbildung sehr hoch ist: SPD und CDU müßten ihre Politik und ihre Programmatik *wirklich* wesentlich ändern (damit aber auch ihre Bündniskonzeption), wenn sie dem Umweltkomplex dieselbe Rolle beimessen würden wie die Grünen.

(Zum Vergleich: der DKP-Sympathisant. Auch er hat Politikerklärungen à la Alltagsverstand z. B. für die SPD-Politik. Selbst *wenn* er sowohl die CDU- als auch die SPD-Politik als „Politik im Interesse der Unternehmer“ einschätzt, konstituiert dies noch nicht die Gleichsetzung dieser Parteien. Er weiß nämlich zusätzlich, daß die SPD *nicht nur* „Partei des Kapitals“ ist, sondern gewissermaßen „eigentlich“ eine Arbeiterpartei ist. Die SPD könnte daher prinzipiell *das Gleiche*, nämlich den Sozialismus, *wollen wie die DKP* – wenn nur das innerparteiliche Kräfteverhältnis oder die Ideologie oder sonstwas anders wäre. Dies konstituiert im Urteil des DKP-Sympathisanten den *relevanten politischen Unterschied* zwischen SPD und CDU: die Rangfolge ist da.)

Die Form der Nicht-Partei erklärt auch die Unterschiedlichkeit der möglichen *grünen Aktiven*. In der grünen Bewegung können sowohl Ökologen als auch Maoisten (11) als auch Spontis als auch Konservative als auch ... mitarbeiten. Warum? Weil die Leistung des Konsistent-Machens nur ein anderer Ausdruck für die *Bestimmung des Bündnisses* darstellt. Um noch mal das Bild des Formulars zu gebrauchen: Die Parteien-Formulare haben Tabellenform: in der Kopfzeile sind die Probleme aufgeführt, in der Vorspalte verschiedene Bündniskonzepte. Jede Partei füllt nur eine Zeile aus, nämlich die ihres Bündnisses. Die grünen Formulare führen dagegen nicht nur weniger Probleme auf, sondern es fehlt eine Bündniskonzeption: an dem Problem „Demokratie und Umweltschutz“ *bildet sich eventuell ein Bündnis heraus* – und dann wird auch das Konsistent-Machen kein Problem (12). Der ökologistische Grüne wird hoffen, daß die Grünen nicht rot werden, der linke Grüne davon träumen, die Grünen zur KP zu machen – das ist in der Form „Wahlpartei“, „Einpunkt-Bewegung“ usw. kein die Mitarbeit ausschließendes Problem. Man sieht: die Tatsache der Nicht-Parteiform der Grünen ist dem Umwelt- und Demokratieproblem ebenso angemessen wie den bestehenden politischen Formen.

4. Schlußfolgerungen

1. Aus dem Vorstehenden sollte klar geworden sein, daß ich es für die beste Lösung hielt, wenn die parteipolitisch nichtorganisierte Linke *einheitlich* die Grünen unterstützen und wählen würde. Die Grünen haben, weil problemorientiert, eine wirkliche Massenbasis, und ihre programmatischen Defizite (Zwei-Punkt-Programmatik) sind ihrem eigenen Entwicklungsstand ebenso angemessen wie dem politischen System der BRD (5-Prozentklausel). Innerhalb der Grünen sind alle nicht-sektiererischen Kräfte zu unterstützen, die ein möglichst umfassendes Bündnis anstreben (beispielhaft: Bahro 1979). Die Linke kann und muß zugleich von den Grünen verbindliche Aussagen darüber verlangen, wie sie sich im Fall einer erfolgreichen Wahl im Parlament verhalten, also vor allem darüber, wie sie sich zur sozialliberalen Koalition stellen, um einen Kanzler Strauß zu verhindern.

2. In der Linken muß die Wahldiskussion intensiviert werden. Dabei sollte vor allem untersucht werden:

- die Entwicklung der CDU/CSU in den letzten 10 Jahren (13),
- die Kanzlerkandidatur von Strauß als Reaktion auf die sozialliberale Regierungspolitik und
- das Programm und die zu erwartende Politik von Strauß, und zwar möglichst nicht in dämonisierender Weise (14).

Dabei darf die Linke den Widerspruch, in dem sie steht und immer stehen wird, nicht verdrängen: die sozialistische Linke in der BRD stärken, heißt: die bürgerliche „Linke“ (den Sozialliberalismus) in ihrem Verhältnis zum Konservativismus schwächen.

Anmerkungen

- 1 Diese These müßte natürlich im einzelnen näher begründet werden. Es sprechen nicht nur empirische Argumente für sie, sondern auch ein methodisches: „Eine nicht-ökonomische Politiktheorie konzipieren bedeutet: Politik und Ökonomie müssen zunächst als je *autonome* Größen theoretisiert und aufeinander bezogen werden. (...) Die Analyse politischer Prozesse hat diese daher zunächst aus *anderen* politischen Prozessen zu entwickeln und erst dann – zur Erklärung ihrer spezifischen historischen *Durchsetzungschancen* – auch auf die zu einem bestimmten Zeitpunkt gegebenen ökonomischen Potentialität zu beziehen.“ (Scheffler 1979, S. 137)
- 2 Für die Relevanz dieses Tatbestandes vgl. Abschnitt 3 über die 5-Prozentklausel.
- 3 Die Tatsache, daß die FDP in Niedersachsen und in Hamburg an der 5-Prozenthürde scheiterte, geht nicht auf die grünen Stimmengewinne zurück. Vgl. Jüttner/Wettig 1979; S. 27, S. 34 und Lange 1979, S. 14.
- 4 Auf einer am 23. 11. 1979 von der AL veranstalteten Podiumsdiskussion zum Thema „Für und Wider einer alternativen Kandidatur gegen Schmidt und Strauß“, an der P. Kelly (Die Grünen), D. Clausen (SB), C. Semler (KPD), G. Schröder (Jusos), W. F. Haug (Das Argument) und R. Dutschke teilnahmen, wurde u.a. kritisiert, daß die SPD ihre eigenen Parteitagebeschlüsse (also Teile ihres geschriebenen Programms) nicht in praktische Politik umsetze. Diesen Vorwurf nannte Schröder „politisch naiv“ und fragte zurück: „Seit wann ändert man die Gesellschaft durch Parteitagebeschlüsse?“

- 5 Es handelt sich hier um ein bislang nicht gelöstes Problem einer marxistischen nicht-ökonomistischen Politik- bzw. Parteientheorie. Wenn die Auffassung der traditionellen marxistischen Theorie: Parteien seien Repräsentanten von Klassen, nicht haltbar ist, dann erhebt sich die Frage, in wieweit überhaupt der Klassenbegriff für politische Analysen tragfähig ist. Während Jäger (1979a, S. 55) Parteien (im weiteren Sinn, also nicht Parteiapparate) als Klassenbündnisse faßt, gibt Scheffler (1979, S. 138 ff) diesen Begriff auf. Ohne diesen Streit entscheiden zu wollen, sollte folgendes klar sein. Die Aussage „Politische Parteien repräsentieren Klassenbündnisse“ kann nicht unmittelbar als eine empirische Aussage interpretiert werden. Empirisch nämlich organisieren sich die Individuen ein und derselben Klasse in durchaus verschiedenen Parteien: z.B. katholische Arbeiter nach wie vor in der CDU, gewerkschaftlich organisierte Arbeiter in der SPD. Zur weitgehenden Angleichung der Mitglieder- und Wählerstruktur von CDU und SPD vgl. Gluchowski/Veen 1979 und Feist u.a. 1977.
- 6 Bei der DKP liegt der Fall insofern komplizierter, als diese Partei einerseits sich als „Partei der Arbeiterklasse“ (also gerade keines Klassenbündnisses) versteht, andererseits durchaus eine Bündniskonzeption hat, nämlich die des „antimonopolistischen Blocks“ aus Arbeiterklasse und Mittelschichten. Der Widerspruch löst sich in bekannter Manier auf in die Konzeption eines antimonopolistischen Bündnisses „unter Führung der Arbeiterklasse“, politisch also: der DKP (vgl. Scheffler 1979, S. 133). Die Programmatik der DKP entspricht genau diesem Bündniskonzept: ihr objektives Programm ist antikapitalistisch bzw. antimonopolistisch und „prorealsozialistisch“; letzteres deshalb, weil in den Staaten des realen Sozialismus das obige Bündnis (wenn auch mittels politischem Zwang) realisiert ist. Nun kommt zwar hierzulande das antimonopolistische Bündnis nicht zustande (was politisch heißt: das Wählerpotential der DKP ist denkbar gering); aber das erstaunliche Faktum, daß die DKP aufgrund dieser Tatsache ihre Programmatik nicht ändert, ist nicht (oder wenigstens nicht nur) einflußtheoretisch durch ihre Abhängigkeit von der DDR zu erklären, sondern auch damit, daß die Mehrheit der DKP-Mitglieder dies *nicht will*, sondern die Verhältnisse in den realsozialistischen Ländern für gut und erstrebenswert hält. Allerdings wird jene Minderheit in der DKP, die den pro-realsozialistischen Charakter der DKP-Programmatik kritisiert, durch den Parteiapparat an einer politischen Auseinandersetzung gehindert.
- 7 Außerdem sind die Programme von Parteien, auch wenn sie sehr partikulare Interessen vertreten, stets *universal*, was ihre Form betrifft. Das führt gerade in bezug auf die Grünen zu z.T. grotesken Argumentationen: ihre Gegner bestreiten den Grünen nämlich gerade wegen des universalen Charakters der Umwelt-Problematik die Legitimation zur Parteigründung. So etwa von Geldern (CDU): „Eigene Parteien für den Umweltschutz, grüne Parteien, bergen dagegen die Gefahr in sich, sich in die Sackgasse des Minderheitsinteresses zu verrennen, sich aufzuspalten, zu radikalisieren, zu übertreiben, statt in uner-müdlicher politischer Alltagsarbeit dem ganz allgemeinen unteilbaren Interesse an der Erhaltung unserer Umwelt für uns und die nach uns Kommenden zu dienen.“ (1978, S. 147) Ähnlich Verheugen (FDP), 1978, S. 157 und 159.
- 8 Diese Polarisierung reproduziert sich z. T. in Polemiken gegen die Grünen seitens Vertretern der Parlamentarparteien: von Geldern etwa spricht geradezu von den „Parlamentarparteien (!), denen die Gesamtlösung unserer politischen Probleme obliegt“ (1978, S. 142). – In der oben erwähnten Podiumsdiskussion (vgl. Anm. 4) verlief gerade in diesem Punkt der Unterschied zwischen den Grünen (auch soweit sie links standen) und den nicht-grünen Linken: für erstere war der Unterschied zwischen Schmidt und Strauß marginal, für letztere zentral.
- 9 Dieser Widerspruch bewirkt, daß der 5-Prozentklausel-Mechanismus bis in die von ihm betroffene Partei hinein wirkt: gemeint sind die bekannten Fälle von DKP-Mitgliedern, die ihre eigene Partei nicht wählen! Sie tun dies natürlich nicht, weil sie die inhaltliche Programmatik der DKP ablehnen (dann wären sie nicht in ihr organisiert), sondern weil sie als relevante Front die zwischen Sozialliberalismus und Konservativismus akzeptieren. Die DKP weiß das und muß daher in mühseliger Arbeit ihre eigenen Mitglieder und Sym-

pathisanten von der Richtigkeit, die DKP zu wählen, überzeugen. Sie tut dies mit einem ebenso typischen wie absurden Argument: „Wo die DKP stark ist, ist auch die SPD stark.“ Selbst wo die Statistik dafür spricht, heißt das ja nicht, daß die SPD dort *deshalb* stark ist, weil die DKP die 5-Prozenthürde übersprungen hat. Die Absurdität des Arguments springt sofort ins Auge, wenn man es auf seine logische Struktur reduziert: „Unterstützt die SPD dadurch, daß ihr die SPD nicht unterstützt!“ In bezug auf die 5-Prozentklausel ist die Struktur folgende: „Kämpft an der Front DKP/SPD, weil die Front SPD/CDU ungeheuer wichtig ist!“ Man kann aber nicht den Kern des 5-Prozentklausel-Mechanismus gegen die 5-Prozentklausel ausnutzen.

- 10 Man kann sich fragen, welche Eigenschaften allgemein ein „erfolgreiches“ Problem haben muß – „erfolgreich“ in dem Sinn, daß an ihm sich bildende Embryo-Parteien zu wirklichen Parteien sich entwickeln. Solche Probleme müssen 1. im privaten Bereich erfahrbar sein, gleichzeitig aber 2. öffentliche und 3. permanente Probleme sein, deren Lösung durch die bestehenden Parteien 4. eine effektive Änderung von deren objektiver Programmatik und daher auch der ihnen zugrunde liegenden Bündnisse erzwingt.
- 11 Wegen der Mitarbeit der KPD in der AL sind viele nichtorganisierte Linke aus diesem Bündnis wieder ausgestiegen. Das erklärt z. T. folgendes Phänomen, welches meinen Überlegungen auf den ersten Blick widerspricht: „West-Berliner Meinungsumfragen aus den letzten Wochen vor der Wahl sagten für die AL etwa 6 bis 7 Prozent der Wählerstimmen voraus. Das daher für die AL enttäuschende Wahlergebnis von nur 3.7 Prozent der abgegebenen Stimmen beweist, daß offenbar ein großer Anteil der potentiellen AL-Wähler am Wahltag die sozialliberalen Parteien (und hier insbesondere die FDP) unterstützten, um eine CDU-Regierung in Berlin zu verhindern.“ (Murphy u.a. 1979, S. 145) In diesem Fall war also auch die AL von dem 5-Prozentklausel-Mechanismus betroffen, da sie ihr Wählerpotential nur zwischen 53 und 62 Prozent ausschöpfen konnte. Tatsächlich gilt das hier Gesagte nur für die überzeugten Anhänger der objektiven Programmatik einer kleinen Partei (und für echte Protestwähler). Die sozialistische Linke ist in bezug auf die Grünen aber nur sehr bedingt dazu zu rechnen.
- 12 Den umgekehrten Weg gingen – und das erklärt ihr Scheitern – die linken Partei(neu-)gründer Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre: sie verfaßten zunächst Programme, d.h. sie konzipierten Bündnisse – und erwarteten dann, daß sich die Bündnispartner schon einfinden würden.
- 13 So ihre organisatorische Entwicklung von einer Honoratioren- zu einer Mitgliederpartei, die Veränderung ihrer Wähler- und Mitgliederstruktur (vgl. Anm. 5) und natürlich ihre Flügelkämpfe.
- 14 Entgegen den apokalyptischen Ausmalungen der „Stoppt Strauß“-Bewegung ist dies nämlich durchaus nicht klar. Stellen z. B. die CSU-Angriffe auf die Einheitsgewerkschaft einen echten Programmpunkt der CSU dar oder haben sie nur die Funktion, „die Führungen der Industriegewerkschaften und des DGB einzuschüchtern“ (Abendroth 1979, S. 13)? Immerhin sollte zu denken geben, daß das von der Industrie getragene Institut der Deutschen Wirtschaft diesbezügliche Pläne ablehnt. Eine dort gefertigte Studie kommt zu dem Schluß: „Eine Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung in mehrere konkurrierende Organisationen kann für niemanden von Nutzen sein. Die Vorteile, die die Einheitsgewerkschaft nicht nur für die Arbeitnehmer, sondern für die Gesellschaft insgesamt gebracht hat, können und dürfen nicht übersehen werden.“ („Konkurrenzen-gewerkschaft ist keine Lösung“, FAZ 4.9.1979)

Auch die Funktion solcher Kampagnen wie „Sozialisten = Nationalsozialisten“ ist mir unklar. In einem FAZ-Artikel betont ein konservativer Kommentator zunächst die sachliche Richtigkeit dieser Gleichsetzung, um dann aber „den Politiker Stoiber“ mit folgender erstaunlicher („populistischer“) Kritik zu bedenken: „Vor allem aber hat Stoiber eines vergessen: hervorragende Verhaltensnorm unserer Zeit ist, daß dem kleinen Mann sein Arrangement mit dem NS-Staat, gar sein partielles Mitwirken, das von der sozialistischen Komponente in der NSDAP möglich gemacht wurde, nicht nachgerechnet werden darf. Die Bourgeoisie aber, die sich innerlich dem NS-Staat wahrscheinlich eher

weniger geöffnet hat als die Arbeiterschaft (vielleicht aus ‚reaktionären‘ Gründen), ist heute gefahrlos als Helfertuppe des NS-Regimes darzustellen. So ist es nun einmal in einer Welt, die sich umso eher als ‚tabufrei‘ bezeichnen kann, als die Tabuzonen klar abgegrenzt und mit harten gesellschaftlichen Sanktionen gesichert sind. Der Politiker Stoiber hätte das wissen müssen.“ (Fromme 1979)

Literatur

- Abendroth, Wolfgang 1979: Was tun gegen Strauß? Ein Gespräch mit Wolfgang Abendroth. Sonderdruck Die Neue, Berlin West
- AL = Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz 1978: Programm zu den Wahlen im März 1979, Berlin West
- Altvater, Elmar 1979: Die Wahlfrage nach der Kandidatur des Wunschgegners, in: kritik 22, 7. Jg., S. 4 - 17
- An unsere Leser (Redaktion „Blätter“) 1979, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 24. Jg., S. 909 - 910
- AWA 1979 = Arbeitskreis Westeuropäische Arbeiterbewegung (Hrsg.) Eurokommunismus und marxistische Theorie der Politik, Argument-Sonderband AS 44, Berlin West
- Bahro, Rudolf 1979: Den Gesamtkurs ändern ... , in: Die Grünen, 10. 11. 1979
- Bredthauer, Karl D. 1979: Was die Nominierung von F. J. Strauß zum Kanzlerkandidaten bedeutet, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 24. Jg., S. 911 - 921
- Brun, Rudolf (Hrsg.) 1978: Der grüne Protest. Herausforderung durch die Umweltparteien, Frankfurt/Main.
- Feist, Ursula, Manfred Güllner und Klaus Liepelt 1977: Strukturelle Angleichung und ideologische Polarisierung. Die Mitgliedschaft von SPD und CDU/CSU zwischen den sechziger und siebziger Jahren, in: Politische Vierteljahresschrift, 18. Jg., S. 257 - 278
- Fichter, Tilman, und Siegwald Lönnendonker 1979: Von der „Neuen Linken“ zur Krise des Linksradikalismus, in: Die Linke im Rechtsstaat, Band 2: Bedingungen sozialistischer Politik 1965 bis heute, Berlin West, S. 100 - 132
- Fromme, Friedrich Karl: Ein Stoiber, Staub aufwirbelnd, in: FAZ 18. 10. 1979
- Geldern, Wolfgang von 1978: CDU und Umweltparteien, in: Brun 1978, S. 141 - 149
- Gluchowski, Peter, und Hans-Joachim Veen 1979: Nivellierungstendenzen in den Wähler- und Mitgliedschaften von CDU/CSU und SPD 1959 bis 1979, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 10. Jg., S. 312 - 331
- Gremliza, Hermann 1979: Gestatten: Schmidt, Linksaußen, in: konkret, Heft 8. S. 7
- Jäger, Michael 1979a: Von der Staatsableitung zur Theorie der Parteien – ein Terrainwechsel im Geiste Antonio Gramscis, in: AWA 1979, S. 45 - 64
- ders. 1979b: Rezension von Joachim Raschke (Hrsg.): Die politischen Parteien in Westeuropa (Reinbek 1978), in: Das Argument 116, 21. Jg., S. 628 - 630
- Jüttner, Wolfgang, und Klaus Wettig 1979: Die niedersächsische Landtagswahl am 4. Juni 1978: Wem schaden die „Grünen“, wem die Nichtwähler?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 10. Jg., S. 17 - 34
- Jungk, Robert 1978: Wie könnte eine „alternative Partei“ aussehen?, in: Brun 1978, S. 74 - 78

- Kühnl, Reinhard 1979: Kapital-Strategien zur Herrschaftssicherung, in: Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft (spw), 2. Jg., Heft 4, S. 20 - 30
- Kühnl, Reinhard, Rainer Rilling und Christine Sager 1969: Die NPD. Struktur, Ideologie und Funktion einer neofaschistischen Partei, Frankfurt/M.
- Lange, Rolf 1979: Die Wahl zur Hamburger Bürgerschaft am 4. Juni 1978. Ende des Drei-Parteien-Systems in Sicht?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 10. Jg., S. 5 - 17
- Lohmann, Karl-Ernst 1979: Bankrott des Reformismus? Die sozialliberale Wirtschaftspolitik seit 1973, in: Werner Goldschmidt (Hrsg.): Stamokap-Theorie. Probleme und Diskussion, Argument-Sonderband AS 36, Berlin West
- ders. 1977: Rezension von Geißler, Heiner: Die Neue Soziale Frage (Freiburg-Basel 1976), in: Das Argument 102, 19. Jg., S. 303 - 304
- Mayer-Tasch, Peter C. 1978: Von der Bürgerinitiativbewegung zur Grünen Partei – Perspektiven und Probleme, in: Brun 1978, S. 47 - 58
- Murphy, Detlef, Frauke Rubart, Ferdinand Müller und Joachim Raschke 1979: Protest. Grüne, Bunte und Steuerrebellin, Reinbek
- Scheffler, Thomas 1979: „Bürgerliche“ Revolution und marxistische Revolutionstheorie, in: AWA 1979, S. 122 - 144
- Strässer, Christoph 1979: Noch einmal das „kleinere Übel“ unterstützen?! in: kritik 22, 7. Jg., S. 27 - 36
- Verheugen, Günter: Die Freien Demokraten und die Grünen, in: Brun 1978, S. 150 - 160

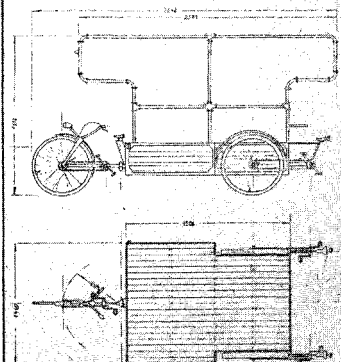
**INFORMATIONSDIENST
GESUNDHEITSWESEN**



Schwerpunktthema:
MEDIZIN UND DRITTE WELT
– Am Beispiel Kapverden –

15 Offenburg/Struttgart, Juli 1979
Kaufnummer: Preis: DM 1,-

Marlene Neske/
Günter v. Juterzenka
ZWISCHENLÖSUNG: ARBEITSKOLLEKTIVE
– Selbsthilfeinitiativen und Jugendarbeitslosigkeit –



Zeichnungen: Christoph v. Löw

Vorwort: Roland Roth.

Wollen Sie mehr wissen über die Informationsdienste und Arbeitsmaterialien aus den Arbeitsfeldern Schule, Sozialarbeit und Gesundheitswesen?

Haben Sie Interesse an aktuellen Themen: Ökologie, Marxismusdiskussion, Arbeitskämpfe?

Dann fordern Sie unseren Verlagskatalog an und lassen Sie sich auch Probeexemplare unserer Monatszeitungen "links" und "express" zuschicken.

Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, 605 Offenbach 4